

DORTMUNDER „BÜRGER BEOBACHTEN DIE POLIZEI“ –

eine Selbstdarstellung der Initiative

Im Rahmen eines Forschungsprojektes über Jugendbewegungen im 20. Jahrhundert begann ein Hochschullehrer 1982 mit der Beobachtung von Demonstrationen, an denen vorwiegend Jugendliche beteiligt waren. Besondere Aufmerksamkeit schenkte er dabei dem Verhalten der Polizei. Über die dabei gemachten Erfahrungen kam er ins Gespräch mit anderen Dortmunder Bürgern, die ebenfalls bemerkenswerte und nachdenkenswerte Erfahrungen mit der Polizei gemacht hatten. Durch das Erscheinen des „Apparat“ (Rolf Gössner, Uwe Herzog, Der Apparat, Ermittlungen in Sachen Polizei, Köln 1982) und die darin enthaltene Aufforderung, Schilderungen von Polizeiübergriffen den Autoren dieses Buches mitzuteilen, wollten die Dortmunder einige Ereignisse an die Bremer Initiative „Bürger kontrollieren die Polizei“ weiterreichen. Dabei handelte es sich zunächst um die Vorfälle im Zusammenhang mit der Besetzung und Räumung des ehemaligen IG-Metall-Schulungszentrums „Heidehof“ sowie den Überfall eines Polizeioberrats und eines Polizeihauptkommissars (mit sechs Komplizen) auf das besetzte Haus „Alter Mühlenweg 6“.

Im Verlauf der Gespräche über dieses Vorhaben kamen die Beteiligten jedoch zu dem Schluß, daß es wesentlich sinnvoller wäre, die Geschehnisse direkt am Ort nicht nur aufzuarbeiten, sondern auch zu veröffentlichen und die weitere Entwicklung selbst zu verfolgen. Damit war der erste Schritt zur Gründung der Initiative „Bürger beobachten die Polizei“ getan.

Wir stellten einige Fälle von Polizeiübergriffen aus den Jahren 1973-1982 zusammen (Schußwaffengebrauch; politische Überwachung; Gewalttätigkeit bei Festnahmen), illustrierten diese mit Fotos und Karikaturen und veröffentlichten sie als Flugblatt, in dem wir die Notwendigkeit der Initiative begründeten:

„Wir sehen folgende Aufgaben:

1. Als Anlaufstelle für von Polizeiübergriffen Betroffene zu dienen und Unterstützung zu leisten;

2. polizeiliche Maßnahmen zu beobachten und polizeiliche Übergriffe der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen;
3. Fälle von polizeilichen Übergriffen zu sammeln und in geeigneter Weise zu publizieren;
4. über Reaktionsmöglichkeiten gegenüber Polizeimaßnahmen zu informieren.“

Mit diesem Flugblatt (Auflage: 1.000) traten wir Anfang Dezember 1982 an die Öffentlichkeit. Die Reaktion der Medien war insgesamt gesehen recht positiv. „Bürger kontrollieren sorgsam die Polizei“ (Westfälische Rundschau); „Initiative hat ein Auge auf Polizei“ (Westdeutsche Allgemeine); „Bürger beobachten Einsätze der Polizei“ (Ruhr-Nachrichten). Das politische „Klima“ für die Gründung unserer Initiative war allerdings auch recht günstig.

Nach dem nächtlichen Überfall auf das Haus „Alter Mühlenweg 6“ war gerade zu dieser Zeit bekannt geworden, daß Polizisten, die in einem Sonder-Einsatz-Trupp die Straßenkriminalität bekämpfen sollten, seit Jahren selbst von Frikadellen über Obst, Blumen und Baumaterialien bis zu Video-Cassetten und -Rekordern geklaut hatten. Wegen dieses „Dortmunder Polizeiskandals“ interessierte sich auch das Westdeutsche Fernsehen für uns und berichtete in seiner Sendung „Hier und heute“ über die Gründung.

Die Dortmunder Polizei reagierte – wie immer in solchen Fällen – „gelassen“. Da die Polizeiführung selbst an der Aufdeckung dienstpflichtwidrigen Verhaltens von Polizeibeamten interessiert sei, werde die Initiative durchaus als „Bundesgenosse“ betrachtet. Diese nach außen gerichtete Gelassenheit sollte später allerdings, als wir in differenzierter Weise Polizeiübergriffe dokumentiert hatten, einem Kampf auch mit unlauteren Mitteln weichen (s. unten).

Die Initiative nahm im Dezember 1982 ihre Arbeit mit zehn Mitgliedern auf, die sich regelmäßig einmal in der Woche im Hinterraum einer Wirtschaft trafen (und treffen). Diese Sitzungen wurden hauptsächlich dazu benutzt, sich gegenseitig über Erfolg und Mißerfolg der Arbeit zu informieren, die während der Woche von einzelnen geleistet worden war.

Wir begannen unsere Arbeit damit, konkrete Fälle aufzuarbeiten, in denen Bürger von Übergriffen einiger Polizisten betroffen waren. Einige dieser Fälle waren uns selbst noch geläufig, so daß wir wenig Schwierigkeiten hatten, in Zusammenarbeit mit den Betroffenen eine Schilderung des jeweiligen Falls zusammenzustellen. Die meisten Fälle wurden uns allerdings aufgrund der Durchsicht der Dortmunder Tageszeitungen (und insbesondere der Zeitungsausschnitt-Sammlung im Dortmunder Polizeipräsidium – vielen Dank!) bekannt.

Soweit möglich haben wir die betroffenen Bürger ausfindig gemacht. Das war zum Teil nicht gerade einfach, da in den Zeitungsartikeln häufig nur Namenskürzel gebraucht wurden oder die Betroffenen längst umgezogen waren. Mit Hilfe des Telefons und des Adreßbuchs (wobei wir manchmal auch Rechtsanwälte bemühen mußten, die in den Artikeln genannt wurden), gelang es uns jedoch in den allermeisten Fällen, einen Kontakt zu knüpfen und uns mit den Bürgern zu treffen. Nur ein einziges Mal wurden wir von einer Mutter, deren Sohn aufgrund eines Polizeieinsatzes mit Maschinenpistolen in psychiatrische Behandlung mußte, gebeten, die Geschichte nicht noch einmal aufzugreifen.

In allen anderen Fällen setzten wir uns mit den Betroffenen zusammen und verfaßten eine Darstellung ihrer Erlebnisse, in die wir – soweit vorhanden – Schriftsätze von Anwälten, Anklageschriften und Urteilsbegründungen einbezogen. Die Betroffenen waren sehr froh, daß sich noch einmal jemand in dieser Angelegenheit an sie wandte. Denn meist war ihr „Fall“ vergessen, nachdem eine Tageszeitung in der gebotenen Kürze darüber berichtet hatte. Welche Folgen die Bürger zum Teil auch Jahre später noch zu tragen hatten, blieb in der Regel unbekannt. So hatte zum Beispiel eine Familie eine Hausdurchsuchung über sich ergehen lassen müssen, die sich im nachhinein als völlig erfolglos und überflüssig herausgestellt hatte. Nichtsdestoweniger kostete die Familie dieser Polizeieinsatz (aufgrund ihres „Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte“) ungefähr DM 5.000,-. Davon hatte jedoch nichts mehr in der Zeitung gestanden. In diesem wie in anderen Fällen waren die Bürger zunächst ganz selbstverständlich davon ausgegangen, daß ihnen – da ihnen ganz offensichtlich Unrecht geschehen war – Genugtuung zuteil werden

würde. Ihnen war nicht bewußt, was später der Titel einer Radio-Sendung werden sollte: „Die Polizei hat immer Recht“.

Daß sich Bürger, die konkret und aktuell von Polizeiübergriffen betroffen sind, bei uns melden, geschieht nach wie vor relativ selten. Obwohl der Bekanntheitsgrad der Initiative in der Stadt relativ hoch ist, wissen viele Bürger nicht oder nicht mehr von ihr, wenn sie be- oder getroffen werden. Meist erfahren wir über Bekannte, Freunde, Sozialarbeiter oder Rechtsanwälte von solchen „Fällen“ und bemühen uns um einen Kontakt. Wenn jemand an der Zusammenarbeit mit uns interessiert ist, stellen wir zunächst einmal eine Schilderung der Vorkommnisse zusammen. Dann überlegen wir gemeinsam, welche Schritte der Betroffene ergreifen und wie er sich wehren soll. In komplizierten Fällen raten wir, einen Rechtsanwalt aufzusuchen und empfehlen in aller Regel jemanden, von dem wir wissen, daß er/sie sich in der Materie auskennt und hilfreich sein kann.

Da unsere Arbeit in erster Linie politisch-publizistisch orientiert ist, haben wir zu Beginn unserer Tätigkeit die Tageszeitungen über uns bekannt gewordene Fälle informiert. Diese haben in keinem einzigen Fall von diesen Informationen Gebrauch gemacht. Mittlerweile wissen wir: Ein Polizeiübergriff ist für die Presse eine „Geschichte“, über die exklusiv berichtet wird. Wenn sie in einer bestimmten Zeitung gestanden hat, ist sie für die anderen Blätter „gestorben“.

Wir werden deshalb in Zukunft versuchen, mit den Betroffenen zusammen die „Fälle“ in einer Pressekonferenz darzustellen. Obwohl viele Polizeiübergriffe auch Eingang in die Spalten einer Tageszeitung finden, ist folgende Äußerung eines Redakteurs in leitender Stellung gegenüber einem Bürger, der von einem Polizisten blutig geschlagen worden war, kennzeichnend: „Uns wird hier so viel über die Polizei erzählt, aber wenn man dann bei der Polizei nachfragt, ist gar nichts gewesen.“

Obwohl wir dann und wann Artikel in Zeitungen/Zeitschriften unterbringen konnten, die vor allem in der „Szene“ gelesen werden (Klüngelkerl; Ent-Rüstung; Guckloch; Marabo), empfanden wir es als Notwendigkeit, das uns vorliegende Material selbst zu veröffent-

lichen. Da eine fortlaufende Produktion von Flugblättern uns nicht sonderlich sinnvoll erschien und uns auf die Dauer sicher auch finanziell überfordert hätte, arbeiteten wir ab Januar 1983 gezielt auf die Veröffentlichung einer Zeitung hin. Seit April liegt die erste Ausgabe der „Dortmunder POLIZEITUNG“ vor (Din-A-3-Format, 12 Seiten, zweifarbig, DM 2,-; sie kann gegen Einsendung von DM 2,- in Briefmarken bei der Kontaktadresse bezogen werden). Von dieser Zeitung wurden etwa 3.000 Exemplare verkauft, weitere 1.000 über Organisationen und Initiativen verteilt. Eine große Hilfe war die Tatsache, daß zum Zeitpunkt des Erscheinens viele größere Veranstaltungen stattfanden (Ostermarsch; Volkszählungsboykott).

In den ersten Wochen nach dem Erscheinen stellten wir in der Dortmunder Innenstadt einen Informationstisch auf, an dem wir etwa 250 Zeitungen verkaufen konnten. Viel wichtiger aber waren die Reaktionen der Bürger und die Gespräche mit ihnen. Das ging von den üblichen Anmachereien wie: „Geht doch nach drüben, wenn es Euch hier nicht gefällt“ über rückhaltlose Zustimmung: „Endlich guckt denen mal jemand auf die Finger“ bis zu konkreten Informationen über Vorfälle bei Polizei-Einsätzen.

Zu dem Informationsstand kamen auch viele Polizeibeamte, von denen die meisten sich überhaupt nicht oder erst nach einer längeren Zeit als solche zu erkennen gaben. Zwar meinten einige, es sei durchaus richtig, daß sich Bürger auch um die Polizei kümmern. Die meisten Polizisten standen jedoch zu ihren Kollegen und ihrem Dienstherrn, ohne den Inhalt unserer Zeitung überhaupt zu kennen: „Das haben Sie doch alles erfunden.“

Polizeibeamte, die sonst immer sehr sensibel reagieren, wenn sie angeblich oder tatsächlich von Bürgern beschimpft oder beleidigt werden, zeigten sich in keiner Weise zurückhaltend in ihren Angriffen, wenn ihnen die Argumente ausgingen: „Ich habe einen anständigen Beruf, aber ich weiß nicht, was Sie machen.“ Ein Polizeihauptkommissar gehörte zu den wenigen, die sich brieflich äußerten (abgesehen von den vielen, die die Zeitung bestellten): „Ihre angebliche ‚Zeitung‘ stellt ein fantastisches Sammelsurium von Halbwahrheiten, Unterstellungen und Verleumdungen dar... Es geht Ihnen nicht um

objektive Diskussion von Problemen und deren Lösung, sondern um nackte Hetze und Polemik gegen Polizeibeamte.“

Im Gegensatz zu diesem und anderen Polizisten, die uns in ähnlicher Weise angriffen, reagierte die Polizei offiziell erneut „gelassen“ auf das Erscheinen der „POLIZEITUNG“, das von allen drei Dortmunder Tageszeitungen bekanntgegeben wurde. Auch der Westdeutsche Rundfunk sendete einen 5-Minuten-Beitrag über die Zeitung, in dem die Staatsanwaltschaft mitteilte, daß aufgrund unserer Berichterstattung sechs Verfahren gegen Polizeibeamte eingeleitet worden seien. Über den Stand der Ermittlungen sind wir nicht informiert.

Die tatsächliche Reaktion im Polizeipräsidium, die mit „Gelassenheit“ nun gar nichts zu tun hat, dokumentiert ein Fall freiwillig-unfreiwilliger Pressezensur im Westdeutschen Rundfunk. Für die Sendung „Thema heute: Die Polizei – Dein Freund und Helfer?“ hatten wir ein Interview über unsere Arbeit gegeben. Der verantwortliche Redakteur sah sich aufgrund des Interviews veranlaßt, bei der Dortmunder Polizei-Pressestelle nachzufragen, wie die Reaktion der Polizei auf die „POLIZEITUNG“ sei. Dort gab man ihm die Auskunft, die Polizei habe mittlerweile Klage erhoben auf Widerruf und Unterlassung. Aufgrund dieser „Information“ wurde kurzfristig das Interview mit uns aus der Sendung „gekippt“ und das nichtssagende bis PR-mäßige Interview mit dem Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen entsprechend verlängert. Statt des Interviews wurde die falsche Behauptung mit der Klage gegen die Herausgeber der Zeitung gesendet.

Bis heute gibt es eine solche Klage nicht, so daß man die Auskunft der Pressestelle eigentlich als Lüge bezeichnen müßte. Da aber sowohl der WDR als auch der Polizeipräsident und möglicherweise sogar das Landgericht Köln an dieser Auskunft nichts korrigierenswert finden, bleibt nur die Befürchtung: „Die Polizei hat immer Recht.“

Auch in einem anderen Fall gelang es der Dortmunder Polizei, die Öffentlichkeit beschränkt zu halten. Eine Veranstaltung der Volkshochschule zum Thema „Das Verhältnis von Bürgern und Polizei in Dortmund“ ist wegen des „mangelnden Interesses“ des Dortmunder

Polizeipräsidenten „geplatzt“. Sie wird allerdings aufgrund der Bemühungen der „Humanistischen Union“ mit einem (eventuell freien) Stuhl für den Polizeipräsidenten doch noch stattfinden.

Auch der Polizeibeirat, der „Bindeglied zwischen Bevölkerung, Selbstverwaltung und Polizei“ sein soll, hält sich öffentlich bedeckt. Seine Sitzungen sind selbstverständlich nicht öffentlich und Tätigkeitsberichte gibt er auch nicht heraus. Vielleicht ändert sich die Situation, wenn DIE GRÜNEN im nächsten Jahr in den Rat der Stadt Dortmund und damit auch in den Polizeibeirat kommen.

Die Polizei, scheut als geschlossene Institution ganz offensichtlich das Licht der Öffentlichkeit. Es erscheint deshalb ganz sinnvoll, hartnäckig und mit einem gewissen Maß an Aufdringlichkeit immer wieder die Legitimation polizeilichen Handelns zu erfragen. In einem Fall, in dem ein Polizist die Auskunft über seinen Namen und die Vorlage seines Dienstausweises verweigert, hat, wird dies sehr sinnfällig. Der Betroffene hat beim Polizeipräsidenten nachgefragt, ob ihm diese Auskunft nicht zugestanden hätte. Der Herr Präsident meinte, aufgrund eines Minister-Erlasses könne der Beamte die Auskunft verweigern, wenn er „provoziert werden soll“. Der Betroffene, dem eine Provokation ebenso wie den vier Zeugen des Vorfalls nicht aufgefallen ist, fragte nach, wie der Beamte denn provoziert worden sei und erhielt folgende bemerkenswerte Antwort: „Es wurde immer lauter, so daß der POK O... eine Eskalierung des Gesprächs zur Provokation hin als unmittelbar bevorstehend empfand und sich daher entfernte.“ Dieser Fall von „Putativ-Entfernung“ bedarf einer Aufklärung durch höhere Stellen.

Über die Ergebnisse und Erfolge unserer Arbeit lassen sich gesicherte Aussagen selbstverständlich nicht machen. Wir können nicht sagen, daß es weniger Polizeiübergriffe gibt. Wir können nicht sagen, daß Polizisten „zurückhaltender“ geworden sind. Solche spekulativen Aussagen hätten auch keinen Sinn. Es ist jedoch deutlich, daß das Problembewußtsein für die Bedeutung polizeilichen Handelns und polizeilicher Übergriffe nur langsam zunimmt. Allzuviel wird von den Bürgern ebenso wie von Polizeibeamten für selbstverständlich und richtig gehalten. Dies erfahren wir immer wieder, wenn betref-

fene Bürger sagen: „Die haben mich behandelt wie einen Verbrecher.“ – So als ob „Verbrecher“ von Polizisten geschurigelt werden dürften.

Aus diesem Grunde ist eine kontinuierliche Information über und durch unsere Initiative notwendig, damit die Frage nach der Legitimation polizeilichen Handelns gegenwärtig bleibt und Übergriffe bekannt gemacht werden (können). Dabei haben wir mit folgenden Schwierigkeiten zu kämpfen:

1. Die Betroffenen aus der „Szene“ sagen häufig: „Der Schweinestaat ist halt so, daß die Bullen machen dürfen, was sie wollen.“ Aus diesem Grunde lasen sie sich Übergriffe nicht nur gefallen, sondern schweigen auch darüber.
2. „Normalbürger“ sagen meist: „Die machen ja doch, was sie wollen. Es hat keinen Zweck, sich zu wehren.“ Sie werden in der Regel erst durch Anzeigen wegen „Widerstands“ hellhörig und suchen Unterstützung.
3. Personen, die professionell mit polizeilichem Handeln befaßt sind (etwa Sozialarbeiter und Rechtsanwälte) empfinden oft polizeiliches Handeln kaum noch als Übergriff, sondern schlicht als Griff.

Heute sind wir noch sieben Mitglieder in der Initiative. Seit Dezember hat kein „Neuer“ den Weg zu uns gefunden. So bleibt uns nur, die anfallende Arbeit miteinander zu teilen, wobei die Arbeitsmöglichkeiten ebenso unterschiedlich sind wie die Arbeitslust. Wir haben uns ein Archiv angelegt, in dem wir unter verschiedenen Stichworten (Bürger und Polizei in Dortmund; Schußwaffengebrauch...) Zeitungsartikel und Schriftwechsel sammeln, so daß „im Prinzip“ das Material jedem zugänglich ist. Wir beobachten Prozesse, in denen polizeiliches Handeln zur Sprache kommt, beteiligen uns beobachtend an Demonstrationen, Hausräumungen und anderen öffentlichen Polizeieinsätzen und halten es für sinnvoll, in Zusammenarbeit mit anderen Initiativen Aufklärungsarbeit zu leisten für eine Entwaffnung der Polizei und die „Ausrüstung“ aller Polizeibeamten mit Namensschildern.

Bürger beobachten die Polizei, Dortmund / Richard Kelber

(Aus: Bürgerrechte & Polizei / Cilip, Nr. 2/1983, S. 30-36)